

Deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige korrekte „Anwendung des Wertgesetzes“ auf dem Boden der DDR

Geld im Systemvergleich

Man muss inzwischen schon daran erinnern: Es hat tatsächlich ein rundes Jahrhundert lang und bis vor wenigen Jahrzehnten noch eine revolutionäre Arbeiterbewegung gegeben, die sich für ihr Umsturzprogramm auf Marx' Kritik der kapitalistischen Ökonomie berufen hat. Und ein Teil dieser Bewegung hatte sogar Erfolg: Lenins Bolschewisten war in Russland unter den Bedingungen eines verloren gehenden Krieges die Mobilisierung unterdrückter Bauern, schlecht behandelter Arbeiter und unzufriedener Intellektueller, eine Revolution und der Sieg über die „weiße“ Konterrevolution gelungen; unter dem Regime Stalins wurde ein auf Arbeiterfreundlichkeit programmiertes Staatswesen aufgebaut, das aus dem 2. Weltkrieg sogar als Sieger hervorging, im besetzten Osteuropa gleichgesinnten kommunistischen Parteien zur Herrschaft verhalf und etliche Jahrzehnte lang von den kapitalistischen Nationen der „westlichen“ Welt als denkbar schlimmste Herausforderung begriffen und bekämpft wurde. Deren Feindschaft galt einer Systemalternative, die von ihren Machern – in Abgrenzung gegen politische Ziele, die man in Moskau und den mit Moskau verbündeten KP-Zentralen als linksradikale Utopien geächtet hatte – als Realer Sozialismus etikettiert wurde. „Realisiert“ hatten die zur Macht gelangten Sozialisten eine Sorte *Planwirtschaft*, die das System kapitalistischer Ausbeutung überwinden sollte und auch tatsächlich abgeschafft hat, dabei aber, bemerkenswert unkritisch, auf die mit Marx kritisierten und mit Gewalt außer Kraft gesetzten „Sachzwänge“ der politischen Ökonomie des Kapitals als *Vorbild* bezogen war. Der epochale Fortschritt zur „Emanzipation der Arbeiterklasse“ und hin zu einer „klassenlosen Gesellschaft“ bestand praktisch in der konsequenten Übernahme aller Mittel und Techniken des kapitalistischen Kommandos über die gesellschaftliche Arbeit durch die von der „Partei des Proletariats“ dirigierte Staatsgewalt und der an hohen „sozialen Standards“ orientierten Verwendung dieser fragwürdigen Errungenschaften als „Hebel“ einer effizienten „Planung und Leitung“, nämlich als Manipulationsinstrumente für eine vom kapitalistischen Konkurrenzbetrieb befreite Volkswirtschaft – gerade so, als müsste man den Kapitalismus nur von den letztlich ganz überflüssi-

gen, mit ihrem bornierten Eigennutz nur störenden Kapitalisten „säubern“, um den wahren Sozialismus „real“ werden zu lassen.¹⁾

Lange vor Ende des 20. Jahrhunderts haben die sozialistischen Staatsparteien des „Ostblocks“ ihre Systemalternative nicht kritisiert, sondern aufgegeben; zuerst Stück um Stück ihr arbeiterfreundliches Ethos, am Ende die alternative Machart ihres Ladens – und in der DDR diesen selbst. Den wirklichen Kapitalismus haben sie als die überlegene Art und Weise erkannt und anerkannt, aus einem „werktätigen“ Volk eine erfolgreiche, macht- und glanzvoll auftretende Staatsgewalt herauszuwirtschaften – und so sich selbst als amtierende Nationalisten geoutet, denen es bei ihrer „sozialistischen Planwirtschaft“ im Ernst dann doch weit weniger um ihre „sozialen Ideale“ gegangen ist als vielmehr um einen alternativen Erfolgsweg ihrer nationalen Staatsmacht.

Zur Beendigung dieses antikapitalistischen Um- und Irrwegs nationaler Machtentfaltung haben die aus Westdeutschland ausgiebig betreuten, als verhinderte Bundesbürger vereinnahmten Insassen der DDR einen kleinen, aber beachtenswerten eigenen Beitrag geleistet. Unter der Parole „*Kommt die D-Mark, bleiben wir*“ – nämlich in der Ostzone des längst auf „Wiedervereinigung“ programmierten größeren Deutschland –, „*kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr*“ – nämlich in den Westen, wo es dieses hervorragende Geld zu verdienen gibt – haben sie einen heftigen Antrag auf Eingliederung ins D-Mark-Gebiet gestellt. Zur Belohnung haben sie bei den amtierenden Hütern dieser Weltwährung 50 DM „Begrüßungsgeld“ abkassiert und sind anschließend nach allen Regeln der kapitalistischen Kunst unter das *Regime echten Geldes subsumiert* worden.

Dass dieses Regime *effizienter* ist als das ihrer „kommunistischen“ Staatsparteihefs mit ihrem „sozialistischen Wettbewerb“, hat man ihnen durchaus hoch offiziell angesagt. *Worin* es effizienter

- 1) Zur Kritik der Arbeiterbewegung steht mehr in *P.Decker / K.Hecker, Das Proletariat*, München 2002, Kapitel 2. *Das Überleben des Proletariats: Eine Geschichte von Klassenkämpfen gegen und um die Staatsgewalt*. Das System der realsozialistischen Planwirtschaft und sein Ende sind ausführlich abgehandelt in *K. Held, Von der Reform des ‚Realen Sozialismus‘ zur Zerstörung der Sowjetunion*, München 1992, v.a. in Kapitel 1. *Polemik gegen die Generallinie der KPdSU* sowie in Kapitel 5. *Die Ruinierung der ‚Kommandowirtschaft‘: Vom Umbau zur Verabschiedung des alten Systems*.

ist, haben die in freie Arbeitnehmer verwandelten „Werkstätigen“ dann selber herausfinden dürfen. Sie haben ihre Erfahrungen gemacht mit dem neuen Geld – keine besonders guten mit der Chance, eine nennenswerte Menge davon zu verdienen. Um aus schlechter Erfahrung klug zu werden, langt es allerdings nicht, Vor- und Nachteile des einen Geldes und des anderen Regimes gegeneinander aufzurechnen. Einen ernsthaften Vergleich der ungleichen Währungen im Osten und Westen ihres deutschen Vaterlands haben sich Osis wie Wessis freilich geschenkt. Zu ihrem Schaden. Er spricht nämlich gegen beide Regime.²⁾

1. Die D-Mark als Maß der Werte – der Wert als Maß aller Dinge

DDR-Bürger wissen und stellen sich darauf ein, dass sie nach Einführung der D-Mark neue Preise zu zahlen haben; hauptsächlich höhere fürs alltäglich Notwendige. Sie begehren D-Mark, schätzen deren Großartigkeit am bisherigen offiziellen Wechselkurs von 1 DM zu 3 DDR-Mark und rechnen gleichzeitig damit, dass sie selbst nach einer 1:1-Umstellung ihrer Löhne, Renten und Sparbücher – die sie von Bonn *gewährt* kriegen oder nicht – Schwierigkeiten bekommen, sich ihr bisheriges Leben weiter leisten zu können. Die D-Mark gibt ihnen einige Rätsel auf über den Wohlstand, den sie sich von ihr erhoffen. Und daran könnten sie wenigstens merken, in was für ein seltsames *Abhängigkeitsverhältnis* sie sich mit dem Gebrauch der neuen Währung begeben.

Doch diesen Rätseln auf den Grund zu gehen, haben DDR-Bürger sich nicht vorgenommen. Sie denken in dieser Frage wie ihre westdeutschen Landsleute ganz ‚praxisorientiert‘ immer nur in Preisvergleichen, rechnen höhere Mieten gegen erstens vorhandene, zweitens billigere Videorecorder auf und können locker für den Rest ihres Lebens an der Frage herumproblematisieren, ob das neue Preisniveau besser als das alte ist oder ob es nicht auch seine zwei Seiten hat. Damit liegen sie schief. Denn um ein paar neue Preise geht es wirklich nicht, wenn die *Güte* des neuen Geldes sich nicht zuletzt daran beweist, dass man es nötiger als jede alte DDR-Mark *braucht*,

2) Das Folgende ist ein – in Teilen neu gefasstes – Kapitel aus *P. Decker/K. Held, DDR kaputt – Deutschland ganz, Teil 2: Der Anschluss. Eine Abrechnung mit der neuen Nation und ihrem Nationalismus*, München 1990.

weil „alles“ – zumindest vieles Unentbehrliche – *teurer* wird. Zumindest wird schon daran klar, dass D-Mark-Preise einen anderen *ökonomischen Zweck* haben als die „sozialistischen“ Preise, die zwischen dem planenden Staat und seinen Volks-*Eigenen Betrieben*, zwischen denen und der *Handels-Organisation* und schließlich vom sozialistischen Endverbraucher gezahlt worden sind. Die D-Mark selbst ist offensichtlich für *ökonomische Leistungen* da, die der alten DDR-Mark ganz fremd waren. *Echtes Geld* und *richtige Preise* sind eben gar keine Frage der *Preishöhe* und der *Geldsorte* und *-menge*, sondern eine von Zweck und Mitteln der gesamten Produktionsweise, also wirklich mal eine *Systemfrage*.

Preise in der Marktwirtschaft

sind zuallererst eine Sache der professionellen Verkäufer. Deren Profession ist nämlich der Zugriff aufs Geld ihrer begehrlichen Kundschaft. Erst und nur damit sind die Kaufleute am Ziel ihrer ökonomischen Tätigkeit – haben ihr Geschäft gemacht, wie man so sagt. Die Preise, die sie verlangen, sind ihr Mittel, die Bedürfnisse ihres Publikums für ihr berufliches Bedürfnis auszunutzen und ihre Ware zu Geld zu machen. Das ist so sehr der ausschließliche Sinn und Zweck ihres Handels und Wandels, dass sie sich selbst ebenso wie die Versorgung der Leute abhängig machen von der Zahlungsfähigkeit der Kundschaft. Erst wenn die ihnen ihre nützlichen Güter abgekauft, also versilbert hat, ist die Sache gelaufen, das Wirtschaften am Ziel, und es kann Bilanz gezogen werden. Nach der anderen Seite hin sind die Preiszettelchen auf jeder Ware die einzige, aber eben *die* Schranke zwischen jedermann und den Gegenständen seiner aufgeweckten Bedürfnisse. Sie machen den Geschäftsabschluss der Kaufleute zur umfassenden Lebensbedingung und geben jeder Bedürfnisbefriedigung ihr Maß vor. Denn sie wollen erst einmal bezahlt sein. So wird jedes Stückchen Leben in der Marktwirtschaft zu einer Frage des Geldbeutels.

Beides haben die

Preise im Realen Sozialismus

nicht geleistet. Sie waren Instrumente einer staatlichen Planung, die Preise als Mittel für die „Allokation von Ressourcen“ und die Lenkung der Warenströme eingesetzt hat. Statt – wie das Wort ‚Planung‘ nahelegt – den Bedarf zu ermitteln und den erforderlichen Aufwand zu organisieren, haben die staatlichen Wirtschaftsbehörden in der

DDR vorgeschriebene Preise das Ziel bewirken lassen wollen, dass nützliche Güter mit schlafwandlerischer Sicherheit immer dorthin gelangten, wo sie gebraucht würden. Diese schöne Absicht ist in eine Preisgestaltung und lauter komplexe Bilanzierungsvorschriften umgesetzt worden. Und damit war die marktwirtschaftliche Funktion der Preise, dem Geschäft zu dienen, Mittel einer befriedigenden Geldbilanz und sonst nichts zu sein, unwiderruflich zerstört. Stattdessen war ein immerwährender zäher Kleinkrieg etabliert zwischen den Planungsbehörden, die mit ihren Festsetzungen eine optimale Versorgung von Staat, Betrieben und Volk, zugleich überplanmäßige Betriebserlöse und jeweils das eine durch das andere herbeiführen wollten, und den Betrieben, die den Widerspruch zwischen Versorgungsauftrag und in Auftrag gegebenen Geldüberschüssen irgendwie zu lösen hatten.

Was die zu versorgenden Massen betrifft, so haben die staatlichen Planer auch in ihrer Preisfestsetzung die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verwirklicht, ohne sich weiter an dem dialektischen Widerspruch zu stören, dass in dieser edlen Zielsetzung eine gar nicht harmonische Eigengesetzlichkeit beider Bereiche unterstellt war, die sie selber erst hergestellt hatten. Zu Lasten der betroffenen Betriebsbilanzen bzw. des Staatshaushalts haben sie die Schranken eingerissen, die in einer ordentlichen Marktwirtschaft der in freier Konkurrenz ermittelte Preis auch solchen Bedürfnissen setzt, die ein sozialistischer Freund des werktätigen Volkes als unabweisbare Grundbedürfnisse veranschlagt – bei der Auswahl dieser Bedürfnisse sowie oft genug in der Qualität ihrer Befriedigung kamen dann wieder die vorgegebenen Gewinnziele und der Staatshaushalt zu ihrem Recht. Pfennigabgaben für die Personenbeförderung, ein paar Märker für Kinderkleidung oder fürs Wohnen: Das waren symbolische Anerkennungsgebühren und keine Marktpreise – genauso wenig wie auf der anderen Seite die sozialistischen Preise für viele mehr dem Luxus zugerechnete Güter, die damit planmäßig so gut wie unerschwinglich wurden. Da war nämlich nicht der Preis der Grund für den Ausschluss des Massenpublikums von Luxusgütern, sondern die geplante – oder auch mal außerplanmäßige – Knappheit gewisser Gebrauchswerte der Grund für die staatlichen Preisgestalter, auf den Gütermangel Preise draufzusetzen, die einer Einsammelaktion für Gelder gleichkamen, die sonst einfach nicht auszugeben waren.

Der realsozialistische Staat hat damit in gewisser Weise eine marktwirtschaftliche Ideologie in die Tat umgesetzt: die Deutung

der Preise als Instrumente, den Mitgliedern der Nation ihren gerechten Anteil an der Warenwelt zu verschaffen. In der Marktwirtschaft ist das ein plump vertraulicher Schwindel, der vom Ergebnis her nicht zu widerlegen ist: Es wird die triviale Tatsache notiert, dass jeder so viel kriegt, wie er sich kaufen kann; das wird ein wenig anders betont, nämlich so, dass jeder sein Geld für das ausgegeben hat, was er gewollt hat, also jetzt hat, was er will; und das steht dann da als wahrer und eigentlicher Zweck des Handels, obwohl es irgendwie auch jeder besser weiß. Im Realen Sozialismus hat der Staat die Preise tatsächlich zum Zuteilungsinstrument gemacht, zu *seinem* Instrument und zu bloß einem neben anderen – bewiesene staatsdienliche Tüchtigkeit war z.B. auch ein Zuteilungsgesichtspunkt. Den marktwirtschaftlichen Zweck und die Leistung des Preises hat er so *bekämpft* und Ergebnisse erzielt, die gegenüber marktwirtschaftlichen Verhältnissen vor allem einen Nachteil aufweisen: Sie lassen sich nicht so locker wie das Geldeinnehmen und der Ausschluss vom gesellschaftlichen Reichtum im bürgerlichen Geschäftsleben unter den zynisch-schönfärberischen Gesichtspunkt stellen, dass am Ende doch ein jeder aus freiem Entschluss sich selber seinen Teil zuteilt hätte vom käuflichen Warenberg.

Geld in der Marktwirtschaft

ist das Zugriffsmittel schlechthin auf alles, was das Herz begehrt – vorausgesetzt, man hat genug davon. Von den Dingen, die das Herz begehrt, gibt es allemal genug — für diejenigen, die die verlangten Preise zahlen können. Um Geld zu kassieren, sind ganze Abteilungen der bürgerlichen Geschäftswelt sogar mit nichts anderem befasst als mit der Erfindung von Gütern, nach denen bis dahin noch gar niemand verlangt hat – ein kleines Beispiel dafür, wie im Kapitalismus „das Sein das Bewusstsein bestimmt“ ...

Diese Macht des Geldes liegt daran, dass es nicht das Zugriffsmittel auf einen Warenreichtum ist, der unabhängig vom Geld zustandekommen und nun zu verteilen wäre. Geld ist Mittel der Aneignung von allem, was Arbeit überhaupt leisten und herbeischaffen kann. Es erlaubt den Zugriff auf Arbeit überhaupt, ist das Kommando darüber, wofür die Arbeitskraft der Gesellschaft eingesetzt wird und was demgemäß an Gütern zustandekommt. Das ist deswegen so, weil das Geld nach der anderen Seite hin *der Zweck* ist, für den überhaupt gearbeitet wird. Wer produziert, um seine Produkte auf den Markt zu werfen, der will damit ja kein von der Gesellschaft für

nützlich erkanntes und beschlossenes Produktionsprogramm erfüllen; der rechnet auf die *Zahlungsfähigkeit*, über die ein Bedürfnis verfügt. Das am Markt verdiente Geld entscheidet dann darüber, ob und in welchem Maß die geleistete Arbeit wirklich nützlich war, ganz gleich, wie nützlich sie für sich genommen gewesen sein mag und wie brauchbar ihre Produkte. Gelingt die lohnende Verwandlung der geschaffenen Waren in Geld nicht, dann war die Arbeit selbst nichts wert: kein Beitrag zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse – der Bedürfnisse, versteht sich, wie sie marktwirtschaftlich einzig und allein seriös existieren, nämlich als zahlungsfähige Nachfrage – und ohne Ertrag für den Produzenten selbst. Umgekehrt umgekehrt: Geld ist der Bescheid an den Produzenten, wie viel Nutzen die geleistete Arbeit *ihm* bringt, weil sie ein Beitrag zum Nutzen zahlungsfähiger Kunden war.

Geld ist also *private Macht* über die Arbeit anderer; diese Macht hat im Geld ihr Maß. Sie zu erwerben, ist *der Zweck* aller marktwirtschaftlichen Produktion, Geld *das eigentliche Produkt*, auf das es den Produzenten ankommt. Im Geld sind somit lauter gegensätzliche Verhältnisse kombiniert: Ausschluss vom und Kommandomacht über gesellschaftlichen Reichtum; eine Art zu produzieren, bei der jeder Produzent nichts als seinen privaten Ertrag bezweckt, und die Abhängigkeit der Privatproduzenten voneinander; die Verfügungsgewalt über fremde Arbeit und die Notwendigkeit, mit der eigenen Arbeit fremde Interessen zu bedienen, um sie auszunutzen. Das Geld ist die Art und Weise, wie alle Produktionsstätten einer Nation „zusammenarbeiten“, ohne wirklich zusammen zu arbeiten, nämlich indem alle, jeder für sich und gegen alle anderen, dahinterher sind und es durch Verkauf voneinander holen müssen. Das Geld ist gesellschaftliches Produkt und privater Ertrag der Produktion in einem: Es ist die „gesellschaftliche Sache“, die den ökonomischen Zusammenhang zwischen allen Firmen und Individuen stiftet – und zwar einen höchst widersprüchlichen. Mit dem Geld ist nämlich der Widerspruch gegeben zwischen dem pur privaten Zweck der Arbeit und dessen Abhängigkeit vom Nutzen anderer, zwischen dem Kommando über fremde Arbeit und der Notwendigkeit, selber die Zahlungsfähigkeit anderer auszunutzen. Daraus ergeben sich die gesellschaftlichen Gegensätze zwischen denen, auf die sich die verschiedenen Seiten dieses Widerspruchs verteilen; vor allem zwischen denen, die im Geld Zugriff auf und Kommando über fremde Arbeit haben, und denen, die im Geldmangel auf ihre Abhängigkeit von fremdem

Geld festgelegt sind. Und entschieden ist mit dem Geld auch schon die borniert-begriffslose Verlaufsform dieses Gegensatzes: *viel oder wenig* – das ist die Frage aller Fragen beim Geld.

Geld im Realen Sozialismus

hatte alle diese gesellschaftlichen „Eigenschaften“ nicht. Da hat nämlich der Staat zuallererst alle Produzenten auf *Dienste für ihn* festgelegt, und das Geld hat er zu *seinem exklusiven* Kommandomittel über die gesellschaftliche Arbeit gemacht. *Er* hat den Betrieben mit dem Geld, das er sie hat einnehmen lassen beim Verkauf ihrer Waren und das er ihnen zugewiesen hat, den nach *seinem* Ermessen zweckdienlichen Bescheid über den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit und das Ausmaß des gesellschaftlichen Interesses an Fortführung und Erweiterung ihrer Produktion erteilt. *Über* dem Kriterium des Geldes stand die staatliche Entscheidung, wohin es fließen sollte. Und damit ist schlechterdings weg, was das Geld in der Marktwirtschaft überhaupt ausmacht: das Geldverdienen als letzter zwingender Zweck jeder ökonomischen Tätigkeit.

Abgeschafft hat der realsozialistische Staat das Geld nicht; aber was war es dann noch! Der Staat war bemüht, die Produktion seiner Betriebe dadurch zu lenken, dass er sie auf Geldbeziehungen untereinander festlegte: Sie sollten mit ihren Produkten voneinander Geld verdienen – *dass* verdient wurde, war staatlich garantiert; wie viel, das war von Staats wegen vorgegeben. Sie sollten „wirtschaftlich“ Buch führen und sich beim Produzieren nach den Erlösen richten. Über das staatlich verordnete Geld-Streben der einzelnen Betriebe sollten sich automatisch die vom Staat gewünschten volkswirtschaftlich sinnvollen Proportionen zwischen den verschiedenen Branchen herstellen; freilich musste der Staat mit Geldabschöpfungen und -zuweisungen dauernd für eine Korrektur der „automatischen“ Ergebnisse im Sinne seiner volkswirtschaftlichen Ziele erst sorgen.

Dem gesamten Unternehmen ist der unkritische Glaube an die enormen Leistungen des Geldes anzumerken, das, wenn nur alle borniert dahinterher sind, von selbst – „hinter dem Rücken“ der Beteiligten – einen sinnreichen Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktion stiften würde. Wieder waren die Realsozialisten bemüht, eine marktwirtschaftliche Ideologie in die Tat umzusetzen, nämlich die vom Geld als sinnreichem Mittel, eine *gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung* herzustellen. Diese Ideologie geht in der Marktwirtschaft trivialerweise auf, weil es bei der Konkurrenz um Verkaufs-

erlöse gerade nicht um eine vernünftige Arbeitsteilung geht, sondern weil genau umgekehrt gar keine andere Arbeit geleistet wird als eine solche, die sich am harten Kriterium des zu verdienenden Geldes bewähren muss. Genau diese Trivialität hebt der realsozialistische Staat mit seiner Herrschaft über das Geld auf. Er will die Einteilung der gesellschaftlichen Arbeit nicht der Geldzirkulation überlassen, weil er deren Resultate volkswirtschaftlich und sozial nicht für vernünftig hält; deswegen manipuliert er das Geld im Sinne seiner Vorstellungen. Damit, dass er *mit Geld* zu Werke geht, verabschiedet er sich von jeder vernünftigen Planwirtschaft; indem er das Geld nur von ihm *manipulierte* Werke verrichten lässt, beseitigt er alle Leistungen, die es in der Marktwirtschaft erbringt – einschließlich des Scheins eines sinnreich-selbsttätigen Zusammenwirkens aller Geldgeier. Seine Pseudo-Planung ist wie der Versuch, das lobende Geschwätz der volkswirtschaftlichen Theorie von der „Allokationsfunktion des Geldes“ als tatsächlich regelnden Gesichtspunkt in die Marktwirtschaft einführen zu wollen – und zugleich das praktizierte Misstrauen in diese Rolle des Geldes: Dessen Dienste sieht er ja nur durch seine Verfügungen gewährleistet.

Sogar *das geht*; das war an der DDR zu sehen. Aber vom Standpunkt der jetzt in Angriff genommenen „Währungsunion“ steht auch fest: *Geld* in dem Sinn war das nicht, was die SED „Mark“ genannt hat. Denn ihm fehlte immer das Entscheidende: die ausschließliche sachliche Zwangsgewalt des letzten Kriteriums für jede Arbeit. Jetzt gibt es auch für die DDR *echtes* Geld. Und das heißt: Es wird nicht etwa nur neu benannt oder ein bisschen um-bewertet, sondern völlig neu bestimmt, *was die DDR-Ökonomie fortan überhaupt produziert*. Wenn ihre Produkte in D-Mark verkauft und dafür hergestellt werden, dann ist das auch der Zweck der Sache, also *die D-Mark das eigentliche Produkt* dieser Ökonomie, so wie sie das des westdeutschen Kapitalismus schon von Anfang an war. Ob sie das hinkriegt, ist schwer die Frage.

2. Die D-Mark als Geschäftsmittel – Armut und Reichtum als Produkte des freien Geschäftslebens

Das Einkaufen brauchen die DDR-Bürger nicht erst zu lernen, wenn sie in Zukunft D-Mark zum Kaufladen tragen müssen. Ganz sicher müssen sie aber ein wenig umlernen beim Sich-Einteilen. Und ob sie ihre alten HO-Leiter nach der Umstellung noch wiedererkennen, ist sehr die Frage. Die jedenfalls müssen gemeinsam mit vielen Kolle-

gen auf den neuen Beruf umsatteln, beim Ein- und Verkaufen hinter der D-Mark und sonst nichts her zu sein.

Armut in der Marktwirtschaft

– das gilt vielen DDR-Bürgern als ein bloßes kommunistisches Gerücht. Denn die Marktwirtschaft beeindruckt bekanntlich durch ihre enorme Warenvielfalt und ihren Überfluss. Und das rechnet die dazugehörige Ideologie dieser Wirtschaftsweise hoch an: Warenfülle als Reichtum, greifbar für jedermann; Warenvielfalt als Angebot an die vielfältige Bedürfnisstruktur der Menschen.

Die Wahrheit ist etwas banaler.

Dass Waren im Überfluss angeboten werden und die berühmten Schaufenster notorisch voll sind, ergibt sich ganz logisch aus dem feststehenden Zweck des Warenangebots. Es ist dazu da, dem Verkäufer Geld einzuspielen. Da wäre es schlicht geschäftsschädigend, wenn der Nachschub an lohnend absetzbarer Ware stocken würde. Güter, die nicht lohnend abzusetzen sind, gibt es immer wieder einmal zu reichlich; halbe Ernten werden weggekippt, wenn sie sich nicht zu einem gescheiterten Preis verkaufen lassen. Umgekehrt beschränkt der lohnende Preis das Bedürfnis der Kundschaft, so dass Warenmangel wirklich niemanden in der Marktwirtschaft zu Entbehrungen zwingt. Die Warenhäuser stehen voller nützlicher Dinge, von denen viele, die sie gut gebrauchen könnten, mangels Knete ausgeschlossen sind. So viel zum Thema „Schaufenster“.

Für erfahrene Kaufleute ist dabei natürlich keine Kaufkraft so gering, dass sie nicht ihr Interesse wecken könnte. Auch das ist Geld, an das heranzukommen lohnt: Gerade von der geringen Kaufkraft gibt es immer enorm viel. Also wird die Geschäftswelt erfinderisch und lässt sich zum technisch bestmöglichen Bedarfsartikel beliebig viele Billigvarianten bis zum Ramsch einfallen. Die enorme Vielfalt der Warenangebote ist die marktwirtschaftliche Antwort auf die vielfältigen Ausmaße der verschiedenen ausnutzbaren Geldbeutel, die die Kundschaft per Scheckkarte oder Banknote bei sich trägt. Das ist das bunte Geheimnis der westlichen Warenwelt.

Die Kundschaft, die mit ihren Bedürfnissen unter das volkswirtschaftliche Stichwort „Massenkaufkraft“ fällt, bildet wie von selbst die zu diesem Angebot passende Kunst aus, in sich selbst alle geweckten Bedürfnisse gegeneinander abzuwägen. Da konkurriert dann schlechterdings alles mit allem; in der BRD z.B. sehr häufig Wohnung mit Kind – denn letzteres ist zwar auch in der entwickelten

Marktwirtschaft keine Ware in dem Sinn, hat aber auch seinen Preis bzw. sehr verschiedene Preise, je nach dem, ein wie gut ausgestattetes Kind die glücklichen Eltern haben wollen. Nach und nach bilden sich über die Gewohnheit des Preisvergleichs tiefe Erkenntnisse von der Art heraus, dass einerseits nur das Teure wirklich preiswert ist, andererseits die Straße mit Sonderangeboten gepflastert ist, die freilich meistens schon weg sind. Nur die eine Erkenntnis unterbleibt in der Regel, obwohl sie auch nicht komplizierter ist, nämlich dass die ganze Gewitztheit des marktwirtschaftlich versierten Kunden und Endverbrauchers nichts als eine Art und Weise ist, mit der Klemme zwischen verfügbarem Geld und verlangten Preisen klarzukommen und die Beschränktheit der eigenen Mittel zu organisieren. Zu deutsch: So geht *Armut* in ihrer gewöhnlichen und gewohnten, als *Lebensstandard* verbuchten Alltagsform.

Das ist der Überfluss, der mit der Einführung der D-Mark die

Armut im Realen Sozialismus

ablöst. Dort hat nämlich der Staat auf der einen Seite dafür gesorgt, dass niemand mit seinen Grundbedürfnissen – d.h. mit dem, was die Preisfestsetzer der Nation dazu gezählt haben – an den Marktpreisen scheitern musste. Vieles hat deswegen überhaupt keine realsozialistische Mark gekostet oder nur einen symbolischen Betrag, der nicht mehr sein sollte als eine erzieherische Erinnerung daran, wie viele Lasten der Staat seinen nach wie vor an die Preisform gewöhnten Bürgern abnahm. Kinder sollten kein Problem sein; das Wohnen auch nicht; und auf den Urlaub im FDGB-Heim musste keiner wegen Geldmangel verzichten.

Die sehr fühlbaren Schranken sind den Bedürfnissen der realsozialistischen Konsumenten auch nicht aus den um so höheren Geldbeträgen erwachsen, die für alle Güter erhoben wurden, die eben damit von Staats wegen zum Luxusartikel erklärt waren. Der Arbeiter- und Bauernstaat hat seinem Volk schlichten *Warenmangel* zugemutet, so dass viele durchschnittliche Bürger an ihren wachsenden Sparkonten nicht etwa erfreuliche Überschüsse ihrer privaten Haushaltsführung registrieren konnten, sondern das Fehlen von Gütern, die sie gebraucht und gerne gekauft hätten. Vieles war dann natürlich doch zu beschaffen, aber eben nicht im Kaufladen; eher schon über Beziehungen, deren Reichweite und Tragfähigkeit mit der Position in der realsozialistischen Hierarchie zunahmen, oder auf dem Wege offizieller staatlicher Zuwendungen an verdiente Mit-

kämpfer oder mit dazwischen liegenden Methoden. Die Kunst des Verbrauchers war es, sich vorsichtshalber in jeder Schlange anzustellen und jenseits aller aktuellen Bedürfnisse Waren und Bezugsrechte zu horten; nach dem Motto „Man weiß ja nie“ – die Gelegenheit zu einem Tausch unter Bekannten gegen etwas Benötigtes würde sich schon einstellen.

Diese Sorte Mängelverwaltung war zumindest in einer Hinsicht ehrlich: Die Betroffenen *wussten*, dass sie es mit Armut zu tun hatten. Sie waren ja dauernd konfrontiert mit dem Widerspruch, zwar Geld zu haben und nützliche Dinge zu kennen und zu verlangen, die sogar zu kriegen waren – allerdings gegen ein anderes als das realsozialistische Geld. Deswegen hat zum realsozialistischen Alltag immer die Beschwerde über die Mangelwirtschaft gehört sowie der Fehlschluss, Grund des Mangels wäre das „schlechte“ Geld – in seinen Intershops hat der Staat ja selber die Leistungsfähigkeit der D-Mark sogar mitten im Realen Sozialismus vorgeführt; so gesehen kein Wunder, dass seine Bürger jetzt zur D-Mark überlaufen.

Den Klagen seiner Bürger und ihrer Kritik an seinem Geld hat der alte SED-Staat sich nie verschlossen. Er hat allemal die passende Selbstkritik gewusst und den quasi freien Zugang der Leute zum Notwendigen als finanzielle Belastung seiner Kassen vorgerechnet, die ihn an anderen Notwendigkeiten und Wohltaten hindern würde. Er hat die entsprechenden Regelungen als „Subventionen“ verbucht, die den „eigentlichen“, ökonomisch rentablen auf den wirklichen, „sozialen“ Preis herunterdrücken würden – eine reichlich absurde, aber ins Bild passende Rechnungsart für einen Staat, der seinen Stolz darein setzt, die soziale Natur der Warenproduktion herbeikommandiert zu haben. Marktwirtschaftlich war diese doppelte Buchführung genauso wenig. *Innerhalb* seines Abrechnungswesens hat sich der realsozialistische Staat aber bereits sehr entschieden auf die Seite seiner Gewinnrechnung gegen seine konsumentenfreundliche Sozialrechnung gestellt und den Abbau von „Subventionen“ zur Methode erklärt, „Verluste“ zu vermeiden und dadurch die „Kaufkraft“ seines staatseigenen Geldes zu verbessern. Die Manager der Planung und Leitung haben sich dem verkehrten Dogma der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre angeschlossen, nur knappes Geld wäre gutes Geld, und damit nichts anderes zu erkennen gegeben als ihr Gefallen am genuin marktwirtschaftlichen Mechanismus der Beschränkung der Leute über den Preis – den hatten die Ostblock-Kommunisten einmal verworfen ...

Reichtum in der Marktwirtschaft

besteht schlicht darin, dass einer genügend Geld hat, um davon prächtig zu leben und trotzdem über immer mehr Geld zu verfügen. Das vermag ein echtes Geld nämlich – wenn in genügender Menge vorhanden: sich selbst und wie von selbst zu vermehren. Dafür langt es selbstverständlich nicht, Geld, das man – woher auch immer – hat, *nicht* auszugeben; durch Verzicht ist noch niemand reich geworden. Die Kunst besteht darin, es so auszugeben, dass es vermehrt zurückkommt. Darauf versteht sich die marktwirtschaftliche Elite: Wo der Rest der Welt einkauft, um vom Eingekauften zu leben, da kauft die Geschäftswelt ein, um teurer zu verkaufen. Das Kunststück kriegt sie hin, und zwar dauerhaft und in großem Stil, weil sie Produktionsfaktoren einkauft, darunter Arbeitskräfte, die unter ihrer Regie deutlich mehr Warenwert schaffen, als sie selber kosten, und damit gesellschaftliche Kaufkraft absahnt; mit Preisen, die nicht „sozial“ oder „gerecht“, sondern *lohnend kalkuliert* sind. Produziert wird in dieser Welt Tauschwert, Nützliches nur als Mittel zum Zweck: Geld. Und das Geld ist selber, seiner eigentlichen marktwirtschaftlichen Zweckbestimmung nach, dazu da, die *Mittel seiner eigenen Vermehrung* zu kaufen.

Diese Zweckbestimmung des marktwirtschaftlichen Reichtums schließt ziemlich schädliche Zumutungen für den menschlichen Produktionsfaktor ein – und einige produktive Sachzwänge für seine Nutznießer. Wer Waren auf den Markt wirft, hat ein Geld vorge-schossen, das nun mit Gewinn aus dem Verkauf wieder herausgeholt werden *muss*, damit das Geschäft nicht mit seinem Warenberg pleite geht. Um die Zahlungsfähigkeit des Publikums wird gestritten; mit allen Mitteln der Werbung, die den menschlichen Bedürfnissen ganz offen ihren marktwirtschaftlichen Stellenwert als Geschäftsbedingung zuweist; vor allem aber mit fortschrittlichen Produktionsmethoden, die aus der Quelle des marktwirtschaftlichen Reichtums, den Tauschwert produzierenden Arbeitskräften, immer mehr Geld im Verhältnis zum dafür gezahlten Lohn herausholen – beides eine Sache für Profis. Die Reichen selber – ersatzweise oder zusätzlich entsprechend gut bezahlte Manager – werden darüber zu Funktioniären ihrer eigenen Bereicherung. Fürs Gelingen dieses Prozesses kommt es so sehr auf so viel Geld an, dass auch die größten schon verdienten Summen immer wieder nicht reichen: In der Welt des großen Geldes zahlt man mit Zahlungsversprechen, leiht sich Geld für die Verschärfung des Konkurrenzkampfs ums Geld; und ein gan-

zes Kreditgewerbe macht Schulden zu seinem Geschäftsartikel und zu seiner Geldquelle, potenziert damit Mittel wie Sachzwänge des marktwirtschaftlichen Geschäftslebens. So *nötigt* der Reichtum in der Marktwirtschaft seine Nutznießer geradezu dazu, immer reicher zu werden.

Der private Wohlstand, das luxuriöse Leben der Reichen kommt darüber nicht zu kurz. Als Nebenwirkung des sich selbst vorantreibenden Wachstums erreicht der Luxus der Vermögenden und Besserverdienenden ungeahnte Höhen, absolut wie erst recht im Verhältnis zu der Mehrzahl, die abwechselnd die Rolle des stets zu teuren Produktionsfaktors und der heiß umkämpften Massenkaufkraft spielt. Umgekehrt hat eine luxuriöse Lebensführung in der Marktwirtschaft selber noch einen höheren Sinn als den Genuss: Sie steht für eine Summe; sie qualifiziert das Luxusgeschöpf als Charaktermaske eines Vermögens, das Kreditwürdigkeit verbürgt. Über den Reichtum der Reichen weiß man alles, wenn man die Zahl ihrer Millionen kennt.

An diesem Maßstab gemessen, war

Reichtum im Realen Sozialismus

schlichtweg nicht vorhanden. Gewiss hat der Staat seine Aufträge an seine Betriebe in Geldgrößen formuliert und den Erfolg in Geldgrößen bilanziert. Er hat die geschaffenen Güter verdoppelt in sie selbst und in die als Geldsumme dargestellten Rechengrößen seiner Planung und damit sogar den praktischen Effekt erzielt, dass die Logik der vorgeschriebenen Abrechnung einer vernünftigen Verwendung der Gebrauchswerte dauernd in die Quere gekommen ist. Aber die geschäftliche Doppelexistenz des Warenreichtums, nämlich als potentielles, in Warenform gebundenes Geld und als wirklich erlöstes Geld, die hat das realsozialistische Bruttosozialprodukt nie geführt.

Deswegen haben auch nie Teile des gesellschaftlichen Produkts ein privates Vermögen gebildet, dessen materielles Gewicht in der Geldsumme bestanden hätte, die es repräsentierte. Sicher hat der Staat seinen verschiedenen Bürgern und Dienern in ganz unterschiedlichem Maß Zugang zu nützlichen Dingen eröffnet; *auch*, allerdings nie hauptsächlich über gezahltes Geld, mehr über das staatliche Zuteilungswesen. Nicht einmal den Bonzen lässt sich nachrechnen, wie reich sie waren; allenfalls eine Liste der Marmorfliesen vorhalten, auf denen sie lustwandelten, und der Wälder, in denen sie

Jagdwild totschießen durften; und das beweist außer den recht dürftigen Genüssen dieser „besseren Gesellschaft“ nur eins: Im marktwirtschaftlichen Sinn reich waren sie nicht.

Irgendwie haben das die DDR-Kritiker gemerkt, die im Blick auf ihren untergehenden Laden die seltsame Auffassung vertreten, einen nennenswerten Reichtum hätte es in der DDR überhaupt nicht gegeben und noch nicht einmal eine Produktion in dem Sinn. Für die Bedürfnisse der Staatsgewalt, für die Weiterführung und Fortentwicklung der Produktion, für den Export in den RGW-Raum und in den Westen, für einen gewaltigen Haufen Kulturleben und dafür, dass am Ende auch das Volk recht und schlecht und auf alle Fälle ohne materielle Existenznot über die Runden gekommen ist, hat es ja durchaus gelangt. Richtig ist etwas ganz anderes: Das Geld, in dem Bilanz gezogen und mit dem staatlich kommandiert worden ist, und der materielle Reichtum, der zustande gekommen ist, waren nie in der Weise ein und dasselbe, dass genau genommen *Geld produziert* worden ist. Auf diese Absurdität versteht sich nur die Marktwirtschaft.

Doch die *kommt* ja jetzt, endlich, auch zu den DDR-Bürgern.

3. Deutsch – das einzige Attribut, das eine echte Mark verträgt

Gegen D-Mark gibt es, demnächst also auch für DDR-Bürger, alles zu kaufen, was es auf der weiten Welt überhaupt zu kaufen gibt. Wenn man genug davon hat, ist dieses Geld universell anwendbar. Das ist die gute Nachricht, jedenfalls für die Liebhaber von Bananen, Auslandsreisen, Diamantarmbändern und dergleichen mehr.

Dass mit der D-Mark soviel geht, liegt freilich überhaupt nicht an denen, die so gerne Ausländisches verzehren. So weltbürgerliche Konsumgewohnheiten sind vielmehr umgekehrt das Werk von Kaufleuten aus aller Welt, die Waren herbeischaffen und dem Tourismus den Weg ebnen, weil sie auf die Mark der Deutschen scharf sind. Die Währung hat es ihnen angetan; denn die

D-Mark ist Weltgeld

– was nun allerdings endgültig nicht an den konsum- und reisefreudigen Deutschen liegt, sondern an ganz anderen Instanzen.³⁾

- 3) Diese Instanzen – die Geschäftswelt der EU und vor allem die zuständigen Staatsgewalten, die *ihren* Materialismus von *deren* Welterfolg ab-

Nämlich zum einen an der bundesdeutschen Staatsgewalt, die vermittels ihrer Bundesbank diese wunderbare Währung in die Welt setzt und ihr dabei eine doppelte Bestimmung mit auf den Weg gibt: Sie ist das gesetzliche Zahlungsmittel der Nation, fungiert in allen Belangen als jener abstrakte Reichtum, von dessen Vermehrung der Wohlstand der Wohlhabenden ebenso abhängt wie der Lebensstandard der Schlechterverdienenden, überhaupt das gesamte gesellschaftliche Leben und der Haushalt des Staates selber. Und sie tut ihren Dienst als entscheidendes Mittel und allein maßgeblicher Sinn und Zweck aller ökonomischen Aktivitäten, indem sie als Kreditmittel der Bankenwelt in die Zirkulation kommt – also unter der Bedingung und mit dem klaren Ziel, dass das nationale Kreditgeschäft und darüber die profitträchtige Geschäftemacherei im Lande insgesamt immer besser in Schwung kommt: ein leibhaftiges Wachstumsprogramm. Das hat freilich an den Staatsgrenzen seine Schranken, der Eigenname „D-Mark“ sagt das schon: Wo Deutschlands Macht nicht hinreicht, da gilt auch seine Mark als Zahlungsmittel und Motor ihrer eigenen Vermehrung nichts – ein kleines Stück Aufklärung darüber, dass die Geldwirtschaft ein von Staats wegen garantiertes Gewaltregime über die freiheitliche Gesellschaft bedeutet; aber wer will sich schon in diesem Sinne aufklären lassen. Woran die mit Geld wirtschaftende und regierende Staatsgewalt sich stört, sind die räumlichen Grenzen ihrer Macht, ihre marktwirtschaftlich aktive Klasse gutes Geld verdienen zu lassen. Den Machthabern in den

hängig machen – sind es auch, die nach Jahren der währungspolitischen Kooperation zu dem Schluss gekommen sind, dass ihrem nationalen Interesse, nämlich ihrer Finanzmacht in der transatlantischen Konkurrenz mit dem übergroßen Heimatland des Dollar, mit einem gesamt-europäischen Geld, begründet auf ihre kombinierte Geldhoheit, besser gedient sei als durch eine deutsche Mark als Leitwährung für die anderen, geringer rangierenden Nationalgelder. So sind etliche Völker mit dem Euro beglückt worden und dürfen sich ihre unmaßgebliche kritische Meinung darüber bilden, ob dadurch vor allem das Reisen bequemer oder das Leben daheim teurer geworden ist.

Zur Sache selbst steht das Wesentliche in der dreiteiligen Abhandlung zur Europäischen *Wirtschafts- und Währungsunion: Europa verschafft sich neues Geld – und verliert dabei seinen Kredit* in den Heften 2-97, 3-97 und 2-98 des *GegenStandpunkt* sowie in dem Aufsatz *Europa 2000 – Zwischenbilanz eines (anti)imperialistischen Projekts neuen Typs (I): Von der Währungsunion* in Heft 4-2000.

anderen, marktwirtschaftlich gleich gestrickten Nationen geht es ebenso; und deswegen sind die Zuständigen sich weltweit dahingehend einig geworden, ihre jeweiligen Währungen wechselseitig anzuerkennen: als gegeneinander austauschbare Inkarnationen ein und desselben abstrakten Reichtums. So kann das nationale Wachstumsprogramm, das in jeder Bundesbanknote und jedem auf D-Mark lautenden Kredit drinsteckt, auch auswärts zuschlagen und der Staatsgewalt auch jenseits ihrer Grenzen Geldquellen erschließen, die ihre Finanzmacht stärken – so jedenfalls ist es gemeint und das ist beabsichtigt, wenn Staaten wie die BRD mit ihrem Konsens über die Konvertibilität ihrer Währungen ihre nationale Geschäftswelt dazu ermächtigen und praktisch dazu auffordern, auch am und im Ausland Geld zu verdienen.

Die Geschäftswelt ihrerseits kommt diesem Auftrag gerne nach: Für die Befriedigung ihres ureigenen Drangs, immer mehr „Geld zu machen“, ist staatliche Gewalt unerlässlich, jedes Staatsgebilde aber zu eng. Wie auf dem heimischen, so nimmt sie auch auf dem von Staats wegen erschlossenen Welt-Markt den gnadenlosen Konkurrenzkampf um Profit auf; und dabei scheiden sich Sieger und Verlierer: Im internationalen Vergleich stellt sich heraus, welches Unternehmen es schafft, seine Belegschaft weltrekordmäßig auszunutzen, und wo Arbeitsplätze nicht im Interesse der Rendite wegrationalisiert, sondern infolge von Marktanteilsverlusten gestrichen werden „müssen“. Das betrifft nun freilich nicht nur die multinational agierende Firmenwelt, sondern ganze Nationen: Erfolge und Verluste akkumulieren sich auf Länderebene; Reichtum in seiner marktwirtschaftlich einzig gültigen Gestalt, nämlich in Geldform wird aus den einen Ländern in andere transferiert; *Staaten* bereichern sich auf Kosten anderer *Staaten*.

Auch dafür gibt es staatliche Vereinbarungen, nämlich über internationale Zahlungspflichten und Schulden; und es gibt einen eigenen Geschäftszweig, den die mit konvertiblem Geld hantierenden Staaten zu derartigen Transfer-Geschäften ermächtigt haben: das internationale Geldhandels- und Kreditgewerbe. Die Staaten verpflichten sich wechselseitig dazu, den Abzug von erwirtschaftetem Geld aus einer Nation und seine Übertragung in ein anderes, in der Konkurrenz überlegenes Land zu gewährleisten, und das auch über die Schranken der national bewerkstelligten Vermehrung des abstrakten Reichtums hinaus: Nicht bloß relative, auch absolute Schädigung marktwirtschaftlich impotenter Partner durch die potente-

ren ist in den Segnungen eines international regulierten freien Welt-handels eingeschlossen. Grenzüberschreitende Kredit-Arrangements, nicht zuletzt unter der Obhut offizieller internationaler Finanzagen-turen, bieten die Gewähr, dass die Benutzung konkurrenzschwacher Staaten als *Geldquelle* nicht an deren *Geldmangel* scheitern muss. *Deren Geld* ist es freilich zunehmend weniger und am Ende gar nicht mehr, was die global agierende Geschäftswelt an und in solchen Län-dern verdienen will: Solche Währungen messen ja bloß noch stagnie-renden oder schwindenden nationalen Reichtum; ihre Zweckbestim-mung, marktwirtschaftliches Wachstum zu bewerkstelligen und zu repräsentieren, erfüllen sie nicht mehr, im Gegenteil. Umgekehrt verfügen die erfolgreichen Weltwirtschaftsnationen nicht nur in steigendem Umfang über den weltweit produzierten und in Geld realisierten Reichtum der Nationen, sondern über das Geld, *in dem* der global wachsende Reichtum sich marktwirtschaftlich realisiert: *Ihr Geld* avanciert zum maßgeblichen Maß und zur wirklichen Mate-rie des weltweit geschaffenen Tauscherts; was sie an Kreditmitteln in die Welt setzen, erweist seine Potenz in Geschäften, die die Erträ-ge aus Unternehmungen mit und in allen Ländern der freiheitlichen Welt okkupieren.

Die entsprechenden Abrechnungen und Geldbewegungen fabri-ziert die globale Geldwechsel- und Kredit-„Industrie“, indem sie Währungen tauscht, mit ansehnlichen Kreditmassen unterschiedli-cher nationaler Denomination freihändig spekuliert und sich dabei, begriffslos berechnend, nach Kriterien richtet, die jeder frommen Vorstellung vom Geld als anständigem Lebensmittel und Instru-ment leistungsgerechter Wohlstandsverteilung Hohn sprechen. Ge-würdigt werden die Masse des Reichtums, der in einer Währung sei-ne Geldgestalt angenommen hat und weiterhin anzunehmen ver-spricht, das Maß seiner erfolgreichen Vermehrung, der relative und absolute Umfang, in dem den Aktivisten eines nationalen Standorts die Aneignung auswärtigen Reichtums, am besten die Enteignung ganzer Nationen gelingt. Hoch bewertet wird die Härte, mit der eine Staatsmacht für ihr passende internationale Geschäftsbedingungen und einen ertragreichen Gebrauch ihres Kredits zu sorgen vermag; rigides geschäftsdienliches Durchgreifen im Innern beeindruckt da ebenso wie eine rücksichtslos wahrgenommene Richtlinienkompe-tenz im zwischenstaatlichen Verkehr. Auf die gute Aussicht, dass es so weitergeht oder auch ein bisschen anders, türmt die Geldhandels-branche spekulative Engagements, die die Geldware einiger weniger

Weltwirtschaftsmächte in den Rang eines universell nachgefragten Kreditmittels und die Schulden dieser Staaten in den Status eines unbestrittenen erstklassigen Weltgeldes erheben. Umgekehrt bestraft sie manchen Staat – mittlerweile die meisten... – mit einer Bewertung seines Geldes, die diesem nicht bloß eine quantitativ immer geringere Zugriffsmacht zuerkennt, sondern seinen Status als brauchbare Geldform des abstrakten Reichtums und seine Tauglichkeit als marktwirtschaftlich produktives Kreditmittel überhaupt in Frage stellt, mindert, am Ende glatt annulliert. Auf die Art tragen die Geldhändler der modernen Welt das Ihre dazu bei, die Menschheit in eine komplette *Hierarchie* nationaler Standorte der internationalen Geldwirtschaft einzusortieren: mit ganz viel unproduktiv oder gar nicht benutztem und entsprechend verelendetem Volk am unteren Ende; mit ausgepowerten Arbeitsplatzbesitzern und Ausrangierten in den höheren Etagen, wo die in unschlagbar gutem Geld gemessenen Lohnstückkosten über Lohn und Leistung entscheiden.

Eines dieser Weltgelder ist die D-Mark. Ihre Attraktivität ist das Ergebnis eines nationalen Erfolgs in Sachen Welt-Reichtum und Welt-Macht – den zwei Sachen, die zusammen den modernen *Imperialismus* ausmachen, den man nach der Selbstauflösung des Realen Sozialismus auch drüben nicht mehr so nennen darf. Von den imperialistischen Errungenschaften des NATO-Mitglieds und Exportweltmeisters BRD geht die Währungsvergleicherei des internationalen Geldhandelsgewerbes aus und reicht bis zum Kalkül geschäftstüchtiger Kaffee- und Bananenhändler und bis hinunter zur Wechselstube, wo sie dem gern gesehenen D-Mark-Urlauber beim Chianti-Wein als Wechselkurs begegnet.

Keine Frage: Eine Währung von der Art war die

DDR-Mark nie.

Nicht nur, dass der DDR imperialistische Erfolge mit ihren segenreichen Auswirkungen auf die internationale Kaufkraft der Landeswährung versagt geblieben sind: Ihre Mark war noch nicht einmal der Absicht nach ein geschäftlich interessantes Zahlungs- und Geldvermehrungsmittel. In die Konkurrenz um Würdigung als immerhin bedingt brauchbare Erscheinungsform von Welt-Reichtum ist sie weder eingestiegen noch vom internationalen Geldhandel einbezogen worden. Die DDR-Mark war nicht konvertibel, schon gar nicht ein von aller Welt gesuchtes Geld, weil sie noch nicht einmal eine Binnenwährung im marktwirtschaftlichen Sinne war: der Form

nach zwar ein von der DDR-Staatsbank garantiertes Kauf- und gesetzliches Zahlungsmittel, aber ohne das eigentliche Endprodukt einer nationalen Warenproduktion, nämlich *Wert zu sein*. Deswegen gab es auch die für eine Marktwirtschaft selbstverständliche „Integration in den Weltmarkt“ nicht: jene Ausrichtung aller Produktion am Zweck abstrakten, also auch universellen Reichtums und an der Konkurrenz um den weltweit produzierten Profit, als deren Nebenprodukt allemal ein – je nach Erfolg guter oder schlechter – Wechselkurs für Touristen und Kaffee-Importeure abfällt. Stattdessen wurde eine eigene nationale Produktions- und Handelsabteilung mit dem Sonderauftrag der Devisenbeschaffung gebraucht und eingerichtet, um den Staat – und von dessen Gnaden die Bürger – überhaupt mit Kaufmitteln für Waren in und aus kapitalistischen Ländern zu versorgen. Wenn DDR-Bürger mit Westgeld verreisen oder Westliches verzehren durften, dann hatte sich das ihre Obrigkeit tatsächlich eigens zum Zweck gemacht und dafür ein bisschen was von dem realsozialistisch produzierten Reichtum abgezweigt, mit dem westliche Geschäftsleute bedient und im Gegenzug Devisen beschafft worden waren.

Mit seinen grenzüberschreitenden West-„Geschäften“ hat sich der alte SED-Staat außer echtem Geld allerdings auch und vor allem einige *Notwendigkeiten* der marktwirtschaftlichen Produktionsweise eingehandelt; nämlich vor allem die, auf westlichen Märkten zu den dort gültigen Preisen Ware zu Geld zu machen. Dafür hatte er seinen Realen Sozialismus aber wirklich nicht eingerichtet, und dem ist diese neue Notwendigkeit auch nicht gut bekommen. Umgekehrt haben die Hüter der bundesdeutschen Marktwirtschaft die DDR – und den „Ostblock“ überhaupt – immer als unerträgliche Behinderung empfunden; nicht zuletzt deshalb, weil ihrer D-Mark der materielle Reichtum „drüben“, von den Produkten bis zu den Fabriken, im Prinzip nicht zur Verfügung stand. Ihren marktwirtschaftlich-imperialistischen Grundsatz, dass ein Geld entweder überall gültiger Reichtum oder keiner ist, haben sie am „Eisernen Vorhang“ nicht scheitern lassen; sie haben daraus einen vernichtenden Urteilspruch über die realsozialistischen Staaten gemacht, die in ihrer Wirtschaft die Herrschaft des Geldes abgeschafft und Land und Leute der Herrschaft des Weltgeldes entzogen hatten. Jetzt endlich haben die Herren der D-Mark es geschafft, schreiten zur Vollstreckung ihres Verdikts über die realsozialistische Systemalternative, reden dabei ganz locker von „Währungsunion“, so als würden sie sich mit

Ihresgleichen zusammentun – dabei bringen sie in Wirklichkeit einen erstklassigen imperialistischen Sieg heim und tun ihr Bestes, damit er der Wucht ihres nationalen Weltgeldes zugute kommt.

4. Die D-Mark und ihr Recht: Das Privateigentum

An eines brauchen sich die DDR-Bürger sicher nicht neu zu gewöhnen, wenn sie demnächst die D-Mark kriegen. Nämlich daran, dass ihnen nicht viel und vieles, was sie gut brauchen könnten, nicht gehört. Sie werden allerdings Bekanntschaft damit schließen, was es heißt, dass in Zukunft alles und jedes als in D-Mark beziffertes Eigentum jemandem gehört – und dass sogar ihre eigene Arbeitskraft ihnen selbst als ihr Privateigentum, nämlich als verkäufliches „Humankapital“ zugerechnet wird.

Eigentum in der Marktwirtschaft

heißt nämlich, dass die Staatsgewalt keinen Gegenstand herrenlos lässt, sondern alles, worüber sich überhaupt unter Ausschluss anderer verfügen lässt, einem Eigentümer als Objekt seiner alleinigen Willensentscheidung zurechnet. Dieses ausschließliche Verfügungsrecht ist eine sehr raffinierte Kategorie: Es unterscheidet gründlich zwischen dem *praktischen* Verfügen über irgendwelche nützlichen Gegenstände, ihrem Gebrauch, der seiner Natur nach oft ausschließlich sein mag und oft auch nicht, und auf der anderen Seite einem davon völlig unberührten *ideellen* Verfügen; das beruht eben darauf, dass die staatliche Gewalt dem Willen dessen, den sie dazu berechtigt, in Bezug auf „seine“ Gegenstände Entscheidungsfreiheit sichert und alle anderen davon ausschließt.

Dieses dreieckige Rechtsverhältnis zwischen Eigentümer, Staat und dem ganzen Rest hat einen guten Ruf. Allerdings ausgerechnet deswegen, weil jeder normale Bürger geneigt ist, die beiden Seiten des praktischen Habens und des ideellen Verfügens zusammenzuwerfen, die da gerade unterschieden werden, und den Staat als Not Helfer zu betrachten, der eingreift, wenn unschuldigen Zeitgenossen die liebgewordenen Objekte ihrer Begierden entrissen werden. Dass die Sache anders gemeint ist und anders ist, merkt dann mancher, wenn ihm gewohnte Bedarfsgegenstände – von der gemieteten Wohnung bis hin zum Spazierweg am Seeufer – unzugänglich werden, weil ihn das Eigentum eines andern davon trennt.

Es wäre ja in der Tat auch langweilig, wenn die Staatsgewalt zwischen faktischem Besitz und Eigentum gründlich und scharfsinnig

und mit aller Gewalt unterscheiden würde, nur um beides dann wieder zusammenfallen zu lassen. Das Recht jedenfalls wendet sich liebevoll ganze Gesetzbücher lang den hochkomplizierten Interessenskonflikten zu, die sich aus der Scheidung zwischen Gebrauchen und eigentümlichem Verfügen ergeben; diese Scheidung ist also wohl das mit der juristischen Unterscheidung Gemeinte. Mit ihr verdoppelt die Staatsgewalt jeden Gegenstand eines auch nur potentiellen Interesses in das materielle Ding mit seinen eventuell nützlichen Eigenschaften einerseits, in das Objekt eines ideellen Verfügens, dem sie mit Ge- und Verboten an den Rest der Bürgerschaft Respekt und Geltung verschafft, andererseits. Und genau das hat in der Marktwirtschaft einen tieferen, praktischen, nämlich *ökonomischen Sinn*.

Denn marktwirtschaftlich gesehen existiert jedes nützliche oder nutzbar zu machende Ding und jedes Produkt sowieso von Anfang an doppelt: einerseits als Gebrauchswert, andererseits als Wert, abstrakt und gezählt, als Anspruch auf eine Summe Geld. Als Gebrauchsgegenstände sind die Sachen gerade nicht das, was ihren Produzenten und Verkäufer an ihnen interessiert; deren ökonomisches Interesse geht darauf, den wirklichen Gegenstand loszuwerden, um den darin steckenden Anspruch auf Geld einzulösen. Da steht also das Interesse an der Verfügung über den *abstrakten* Reichtum, an einem Stück Verfügungsrecht über die gesellschaftliche Produktion schlechthin, *gegen* das Hockenbleiben auf dem wirklichen Gut. Der Reichtum ist marktwirtschaftlich erst fertig, wenn er sich von seiner stofflichen Warenform gelöst hat. Und darin fallen die ökonomische Kategorie des *Werts* und die juristische Kategorie des *Eigentums* zusammen. Geld ist Eigentum in derjenigen abstrakten Form, in der es sich auf gar keinen materiellen Gebrauchsgegenstand mehr bezieht, sondern als pure private Macht, die jederzeit im Kauf zuschlagen kann, an ganz speziellen, von Staats wegen für die reale Darstellung von Tauschwert reservierten Gegenständen haftet. Oder umgekehrt: Das Eigentum, diese spitzfindige Rechtskategorie, führt ihr wirkliches, materielles ökonomisches Eigenleben im Geld.

War das zu „philosophisch“? Ja, so ist das nun einmal: Ohne Hegel und Marx begriffen zu haben, halten sich die Hersteller der deutschen „Währungsunion“ an deren Begriff des Geldes und des Privateigentums wie an ein Drehbuch. Sie gehen ganz einfach davon aus, dass die D-Mark ohne gesetzliche Einrichtung und Betreuung des

Privateigentums nicht funktioniert, so wie das ganze schöne Eigentumsrecht schlicht gegenstandslos ist, wenn es in einer nationalen Ökonomie nicht ums Geld geht. Ein neues *Recht* wird geschaffen und eingeklagt, gesetzliche Schutzzäune ums Eigentum werden eingerichtet, weil es mit einer anderen, der marktwirtschaftlichen *Ökonomie* neu losgehen soll. So blamieren leibhaftige bürgerliche Politiker, ohne es zu merken, alle bürgerlichen Rechtsillusionen des „kleinen Mannes“, der den Schutz des Privateigentums für eine große Wach- und Schließgesellschaft zugunsten seiner privaten Zahnbürste hält und weiter keinen ökonomischen Inhalt darin entdecken kann – außer allenfalls den, dass manche Zeitgenossen eben etwas größere Zahnbürsten haben und eventuell sogar mal eine Fabrik. Ganz praktisch Recht gegeben wird den Marxisten, die schon immer gesagt haben, dass das bürgerliche Recht keine Dienstleistung für sorgenbeladene Bürger ist, sondern das Vorgehen der staatlichen Gewalt bei der Einrichtung einer Nationalökonomie, in der das Wachstum des Privateigentums das oberste Sachgesetz ist. Diesen Beleg liefern Politiker und Banker, die sich einfach an ihre unbegriffene, aber durchaus allgemeine bürgerliche Lebenserfahrung halten, dass die rechtsstaatliche Gewalt mit ihrer abstrakten Zuordnungskategorie „Eigentum“ überall dort gefragt ist und Konflikte regeln muss, wo Geld verdient wird:

– Schon der marktwirtschaftliche Sachzwang, Geld zu verdienen, ist bloß deshalb zwingend, weil alle Bedarfsartikel kraft Staatsgewalt als Eigentum derer zur Welt kommen, die sie nur zum Verkaufen brauchen wollen und können, und nur hergegeben werden, wenn damit ihr Eigentum in die Geldform übergeht. Beim Kaufen und Verkaufen sind demgemäß, rechtlich gesehen, Eigentumstitel das eigentliche Handelsobjekt.

– Beim Mieten und Vermieten, diesem guten marktwirtschaftlichen Brauch, wird die Trennung zwischen Benutzen und gesetzlich geschütztem ideellem Verfügen selber zur Geldquelle.

– Richtig interessant wird es freilich erst beim Eigentum an Produktionsmitteln. An ihnen zu arbeiten, sie für die Herstellung von Gebrauchsgütern zu benutzen, ist eine Sache; den Nutzen davon zu haben, eine andere. Das mag zusammenfallen, sogar gelegentlich in der modernen Marktwirtschaft. Das Eigentum vermag aber auch diese beiden Seiten praktisch zu scheiden. Und dann zeigt sich erst so richtig, was in dieser Rechtskategorie steckt. Getrennt ist dann nämlich zwischen dem materiellen Gebrauch der Produktionsmittel,

der *Arbeit*, und einem Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, das ein ausschließliches Verfügungsrecht über die damit hergestellten Produkte einschließt, also dem *Arbeitsertrag*. Die Staatsgewalt mit ihrer Eigentumsgarantie dient damit dem materiellen Gegensatz zwischen der Arbeit, die dadurch zum Dienst an fremdem Eigentum wird, und ihrem Nutzen, der als Reichtum ohne Arbeit, rein aus dem Eigentum des Eigentümers, zustande kommt. Die Staatsgewalt mit ihrem Eigentumsrecht steht dafür ein, dass es in der modernen Marktwirtschaft eine enorme Mehrheit ohne produktives Eigentum gibt, die ihre Arbeit für den eigenen Lebensunterhalt als bezahlten Dienst am Eigentum und zum Nutzen anderer verrichtet, und eine Elite von Eigentümern, die die gesellschaftlichen Produktionsmittel als ihr jeweiliges Privateigentum monopolisiert haben und so dieses Eigentum produktiv werden lassen können. Das Eigentumsrecht scheidet eine solche Mehrheit und eine solche Minderheit in der Gesellschaft und setzt beide in das gedeihliche Verhältnis zueinander, das bei den einen die Eigentumslosigkeit reproduziert und den andern ihr Eigentum mehrt.

Insofern darf der bürgerliche Staat die kapitalistische Wirtschaftsweise letztendlich seiner Einrichtung des Eigentums als Verdienst anrechnen. Und genau das tun die Bonner Machthaber, wenn sie sich mit den nötigen Gesetzen ihren neuen östlichen Staatsteil zum erweiterten D-Mark-Paradies zurechtreformieren und sich dabei für ihr umsichtiges, kluges Vorgehen selbst über den grünen Klee loben!

Um die „Werkstätigen“ von den Erträgen ihrer Arbeit erst einmal grundsätzlich zu *trennen*, dafür war im Realen Sozialismus auch das

Volkseigentum

allemaal gut. Damit hat der Staat nämlich seinen Planungsbehörden das alleinige Verfügungsrecht über Produktionsmittel und Produkte zugesprochen. „Eigentum“ hat da aber immer bloß eben dies bedeutet: dass die Staatsgewalt alle Güter der Nation *ihrer* Verfügungsmacht unterstellt und sich damit als Verteilungsinstanz etabliert hat. In das wirkliche Ding und ein Rechtsgut „verdoppelt“ haben sich Arbeitsprodukte und Gebrauchsgüter der Gesellschaft damit auch, nur ganz anders als in der Welt des bürgerlichen Privateigentums: Als Volkseigentum standen sie den Bedürfnissen der Gesellschaft nur gegen DDR-Mark zur Verfügung, also gewissermaßen als Verkörperungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die der Staat seinen Betrieben vorgeschrieben hatte; und dieses administrative

Dasein als Ware mit einem „sozialistischen“ Preis hat für eine gar nicht planmäßige, recht armselige Bedienung der Bedürfnisse der Leute gesorgt. Als Begünstigter stand auf der anderen Seite nur der realsozialistische Staat, der die Gleichung von Geld und Eigentum aufgehoben hatte und die Privateigentümer beerben wollte; dies jedoch ohne den *Gegensatz* gelten lassen zu wollen zwischen dem Eigentum und denen, die es bedienen und seiner Vermehrung nützen müssen. Produktiv aufgegangen ist dieser volksfreundlich gemeinte Widerspruch nicht; und die Arbeiter sind seiner erst recht nicht froh geworden.

Doch damit ist es ja nun vorbei. Die Nachfolger und Erben der alten SED-Herrschaft stellen mit neuen Gesetzen und Rechtsformen das realsozialistische Volkseigentum, diese widersprüchlich verschleierte Form staatlichen Kommandierens, auf marktwirtschaftlich brauchbare und passende Formen wirklichen Eigentums um, in denen sogar die Staatsgewalt, sofern noch Eigentümer, den Charakter eines Privatsubjekts mit gesetzlich garantierten Verfügungsrechten annimmt. Damit wird *die* Macht beseitigt, die der realsozialistische Staat über die gesellschaftliche Produktion ausgeübt hatte. An dieses Abbruchwerk hat sich schon die zur PDS demokratisierte SED gemacht und das kleine Paradox nicht gescheut, die eigene Gewalt einzusetzen, um sich als Herrn der Produktion abzuschaffen. Die Übernahmeagenturen in der BRD wachten dabei sorgsam darüber, dass kein Gesetz zustande kam, das dem Einmarsch des richtigen, kapitalistischen Eigentums Hindernisse in den Weg legen könnte. Lautstark beschwerte man sich über freiheitswidrige Formulierungen wie „*soweit es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt*“ im Joint-Venture-Gesetz, die sich in ähnlichen Gesetzen der BRD haufenweise finden; sie galten als Beweis, dass unverbesserliche Planwirtschaftler sich noch immer anmaßen wollten, eigene Maßstäbe ans gesellschaftliche Produzieren anzulegen. Im Gegenzug wird das neue Recht gern so erläutert, dass der Staat sich fortan „aus der Wirtschaft ’raushalten“ würde – als wäre es *kein* politischer Gewaltakt, wenn der bürgerliche Staat die Kommandomacht des Eigentums und einen darauf gegründeten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess *als* spezielle Sphäre konstituiert, und als hätte umgekehrt der realsozialistische Staat sich immerzu in eine eigentlich von ihm getrennt existierende Sphäre unzulässigerweise eingemischt. Die Privatmacht des Geldes, die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, der „soziale Frieden“ zwischen einander entgegenge-

setzten und dabei voneinander abhängigen gesellschaftlichen Interessen: Das alles ist durchaus das Werk staatlicher Gewalt, und zwar einer immer und überall gegenwärtigen. Eben deswegen ist die freiheitlich-marktwirtschaftliche Demokratie auch genauso eifersüchtig auf ihr *Gewaltmonopol* bedacht wie die realsozialistische Staatspartei auf ihren Zugriff auf die „Kommandohöhen der Volkswirtschaft“. Denn dieses Monopol ist der unentbehrliche Dienst der Staatsgewalt an der nationalen Ökonomie: Es beseitigt ja nicht etwa die Gewalt aus der Gesellschaft, sondern unterwirft mit seiner Allgegenwart alle ökonomischen Aktivitäten der so spitzfindigen und so folgenreichen Rechtsfigur des Eigentums.

Der Übergang des ökonomischen Kommandos von den Planungsbehörden der SED auf die D-Mark und ihre Eigentümer wird also in Form einer Rechtsreform durchgezogen. Die neue Rechtslage ist im Prinzip schon die durchgreifende Revolutionierung der DDR-Gesellschaft. Diese Revolution enteignet niemanden: Sie schafft lauter Eigentümer, die jetzt ökonomisch das Sagen haben, und eine große Mehrheit, die ungefähr genauso eigentumslos ist wie bisher, nur auf völlig neue Weise. Denn sogar die normalen Bürger werden mit einem Eigentum beschenkt: Das neue Recht macht den eigentumslosen Lohnarbeiter zum Privateigentümer seiner eigenen Arbeitskraft, deren Gebrauch in fremden Diensten ihm bezahlt werden muss wie eine Ware. Eine bürgerliche Staatsgewalt schafft es eben sogar, ihre Scheidung zwischen Sache und Eigentum auch noch ins bürgerliche Individuum hineinzutragen, das so unteilbar eben doch nicht ist.

Ausgerechnet das findet das „revolutionäre“ Volk der DDR am allerwenigsten revolutionär. Dieses Volk lässt eben die wirkliche Revolution all seiner Lebensverhältnisse schlicht und ergreifend *mit sich machen*.